



## NACHRICHTEN

Informationsblatt der Steirischen KPÖ Österreichisch Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe PA: 8720

### Was hat die KPÖ in den letzten Jahren getan?

Am 22. März wird ein neuer Gemeinderat gewählt. Es liegt an den WählerInnen zu entscheiden, welche Partei wie stark im künftigen Gemeinderat vertreten ist.

Wir wollen mit dieser Zeitung einen Rückblick geben: Über unsere Tätigkeit im Gemeinderat und in der Region und wie wir in wichtigen Fragen Stellung bezogen haben. Damit wollen wir in Erinnerung rufen in welchen Bereichen wir aktiv waren und welche Fragen in den letzten Jahren wichtig für unsere Region waren. Wir hoffen, dieser Rückblick ist eine Hilfestellung bei Ihrer Wahlentscheidung.

### Ihre KPÖ-GemeinderätInnen:



Renate Pacher



Franz Moharitsch



Sonja Karimi



Sylvia Lammer



Elvir Kujovic



## Fest zum Internationalen Frauentag



Gedanken zum Internationalen Frauentag

**So. 8. März 2020**

**Pfarrsaal**, Kirchengasse 7, Knittelfeld  
Beginn: 17.00 Uhr

Eintritt: 5 €, Vorverkauf, 6.50 € Abendkasse

Vorverkauf: Steiermärkische Sparkasse, Hauptplatz, Knittelfeld,  
KPÖ-Knittelfeld: Tel.: 03512/8 22 40

*Für Speisen und Getränke ist gesorgt  
Auch Männer sind herzlich willkommen!*

**Wir laden Sie herzlich ein!**

**KPÖ** wirkt!

# Grundsätzliches zum Gemeinderat



## Der Knittelfelder Gemeinderat

Der Knittelfelder Gemeinderat hat 31 Mitglieder. Die SPÖ hat mit 16 Mandaten die absolute Mehrheit, die FPÖ hat sechs, die KPÖ fünf und die ÖVP vier Mandate.

Unsere fünf GemeinderätInnen bringen Ideen und Vorschläge ein. Um etwas umsetzen zu können ist jedoch die Zustimmung der SPÖ-Mehrheit nötig. Deshalb braucht es oft viel Geduld und einen langen Atem um Verbesserungen durchzusetzen - **aber wir sind hartnäckig.**

## Verzicht auf Mitarbeit

Die SPÖ hat die absolute Mehrheit und kann deshalb alles im Alleingang beschließen.

Der Gemeinderat ist das höchste Gremium der Gemeindeverwaltung. Die Vorhaben müssten also **zuerst** im Gemeinderat diskutiert und beschlossen werden. Die Realität sieht leider anders aus. Die anderen Fraktionen erfahren von wichtigen Vorhaben und Weichenstellungen oft erst aus den Medien.

Das ist weder demokratisch noch konstruktiv. Durch die Alleingänge wird bewusst auf Mitarbeit und Ideen der anderen Fraktionen verzichtet. Es wird kein Wert darauf gelegt gemeinsam die optimalste Lösung zu finden. Das wird sich erst ändern, wenn die SPÖ nicht mehr über die für sie so bequeme Mehrheit verfügt.

## Wer bezahlt die Gemeindevorhaben?



Vom Bürgermeister werden Hochglanzzeitungen verschickt. Über vergangene und zukünftige Gemeindevorhaben und hohe Investitionssummen

wird informiert. Es wird dargestellt, wie viel für die Gemeinde geleistet wurde.

Oft sind das aber Projekte, deren Durchführung ohnehin dringend erforderlich war. Beinahe entsteht der Eindruck, als wären das alles Geschenke der SPÖ-Mehrheit an die KnittelfelderInnen.

## Wie finanziert sich eine Gemeinde?

Die Haupteinnahmen einer Gemeinde bestehen aus den Gebühren, die von den GemeindebürgerInnen eingehoben werden und den Ertragsanteilen. Der Bund hebt Steuern ein und verteilt dieses nach einem bestimmten Schlüssel an Bund, Ländern und Gemeinden. Diese Einnahmen werden Ertragsanteile genannt und machen den Löwenanteil der Gemeindeeinnahmen aus.

## Massensteuern liefern den Löwenanteil

Die wesentlichsten Steuereinnahmen des Bundes kommen aus Massensteuern, wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer. ☞

☞ Hingegen ist der Anteil, den die Besteuerung von Vermögen und Gewinnen zum Steuerkuchen beiträgt in den vergangenen Jahren ständig gesunken. **Die arbeitenden Menschen bezahlen sich die Leistungen, die in Bund, Land und Gemeinden erbracht werden durch ihre Steuerzahlungen selbst.**

**Vermögen und Gewinne müssen viel stärker besteuert werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!**

Damit die Gemeinden in der Lage sind für ihre BewohnerInnen ein lebenswertes Umwelt zu schaffen müssen sie genügend Mittel bekommen. Wir meinen diese Gelder dürfen aber nicht aus den Taschen der arbeitenden Menschen kommen. Gäbe es eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Gewinnen hätten alle Gemeinden genügend Geld.

## Die GemeindefunktionärInnen

Der Gemeinderat beschließt das Gemeindebudget und alle wichtigen Vorhaben. Er wählt auch den Bürgermeister. Neben dem Bürgermeister gibt es auch andere Gemeinderatsfunktionen. Diese sind mit einem monatlichen Einkommen verbunden. Bei den Ausschussvorsitzenden bestimmt der Gemeinderat die Höhe des Bezugs. Bei den anderen Funktionen regelt das ein Landesgesetz.

## Die Höhe der Bezüge, gerundet, monatlich, brutto 14 x im Jahr

Bürgermeister	6.819 €*
1. und 2. Vizebürgermeister je	2.045 €
Finanzreferent	2.045 €
3 Stadträte je	1.364 €
5 Ausschussvorsitzende je	1.227 €
9 Referenten je	273 €
*Für BürgermeisterInnen, die keinen zusätzlichen Beruf ausüben, erhöht sich ihr Bezug um 25 %, in Knittelfeld auf 8.524 Euro brutto.	

**Es gibt sicher GemeindefunktionärInnen, die engagiert sind und gute Ideen haben - aber die Bezahlung ist jedenfalls sehr hoch!**

# Wie ist das bei der KPÖ?

## In der KPÖ gibt es eine Grenze von 2.300 Euro

Die PolitikerInnenbezüge sind zu hoch. Wie sollen PolitikerInnen die Probleme der Menschen nachvollziehen können, wenn sie sich mit ihren Einkommen von ihren WählerInnen abheben?

Aber wir kritisieren nicht nur, wir geben auch das persönliche Beispiel. Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat. Alles darüber hinaus wird in den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

## Der KPÖ-Sozialfonds



**KPÖ-Mitarbeiter Josef Menszlenyi, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber.**

**Wir** führen Sozialsprechstunden und Beratungen durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Die KPÖ hat nur zwei Landtagsabgeordnete. Sie geben jedes Monat mehr als 5.000 Euro in den Fonds - aber mit diesen Einzahlungen müssen wir die gesamte Steiermark abdecken. Deshalb können wir nur kleine Beträge geben. Die Lebensbedingungen vieler Menschen sind so karg, dass sogar eine Spende von 30 Euro ein große Hilfe ist. Die großen Unterschiede zwischen arm und reich in unserem Land sind eine soziale Schande.

**„Reichtum ist wie Mist:  
Auf einem Haufen stinkt er.  
Aber gut verteilt kann er  
Österreich zum Blühen bringen.“**

**Caritas Präsident Michael Landau**

### KPÖ-Sozialfonds Murtal

Seit Oktober 2005 gab es 2.242 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von rund 122.923 Euro unterstützt wurden.

## Gegen hohe Politeinkommen

2014 wurden die Bezüge der GemeindepolitikerInnen stark angehoben. Wir haben im Landtag gegen diesen kräftigen Anstieg gestimmt und die Öffentlichkeit informiert.

Wir sind die einzige Partei, die die Bezüge der Knittelfelder GemeindepolitikerInnen veröffentlicht. In der ersten Sitzung des neuen Knittelfelder Gemeinderats haben wir den Antrag gestellt die Bezüge der Ausschussvorsitzenden von 20 auf 10 Prozent des Bürgermeisterbezuges zu senken. Der Antrag wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt.

## Der KPÖ-Stadtratsbezug wird zu 100 Prozent abgeliefert

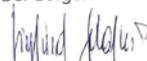
Unsere Spitzenkandidatin, Renate Pacher, bekommt als Stadträtin einen monatlichen Bezug von 1.364 Euro brutto, 14 mal im Jahr.

Dieser Bezug wird zu 100 Prozent an die KPÖ-Knittelfeld abgeliefert. Damit finanzieren wir unsere Gemeinderatstätigkeit, die Knittelfelder Nachrichten oder Veranstaltungen.

### Bestätigung

Mit der Gemeinderatswahl vom 21. März 2010 wurde Frau Ing. Renate PACHER in den Gemeinderat der Stadt Knittelfeld gewählt. In der konstituierenden Sitzung am 14. April 2010 wurde Frau Ing. Pacher zur Stadträtin gewählt. Damit steht ihr Bezug als Stadträtin zu. Dieser Bezug wird auf das Sparbuch der KPÖ Knittelfeld, BLZ 20815, Steiermärkische Bank und Sparkassen AG KNR. 26010036262 überwiesen.

Der Bürgermeister:

  
Siegfried Schafarik  
Bürgermeister

F.d.R.d.A.



## Ein Bürgermeister - ein Gehalt

Die Tätigkeit eines Bürgermeisters einer Stadt in der Größenordnung von Knittelfeld ist verantwortungsvoll. Deshalb ist die KPÖ dafür, dass BürgermeisterInnen in einer Stadt mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen keine zusätzliche Anstellung haben dürfen.

Durch eine Anfrage der KPÖ musste Alt-Bürgermeister Gerald Schmid berichten, dass er zusätzlich zu seinem Bürgermeisteramt eine 40-Stunden-Vollanstellung auf der Gemeinde angetreten ist. Das haben wir heftig kritisiert und die Öffentlichkeit informiert.

Uns geht es nicht um Personen, sondern um saubere Lösungen. Wir halten auch die Anstellung des neuen Bürgermeisters Harald Bergmann für unvereinbar mit dem Bürgermeisteramt. Wir erwarten uns, dass er seinen Gemeindeposten nach der Wahl zurücklegt.

# KPÖ: kritisch und konstruktiv

## Wir berichten was andere verschweigen

Knittelfelder

**NACHRICHTEN**

Zugestellt durch post.at

Nummer 244  
Mai 2016Aus dem Inhalt:  
0 Anzahl GR-Sitzungen  
0 Ankauf Bezirksgericht  
0 Städtische Gärtnerei  
0 Demo gegen TTIP

**Gebäude des Bezirksgerichts:  
Dezember 2013: Verkauft vom Bund  
um 590.000 Euro. Mai 2016: Gekauft von  
der Gemeinde um 950.000 Euro**

In einer Sondersitzung des Gemeinderates wurde der Kauf des Gebäudes des ehemaligen Knittelfelder Bezirksgerichts beschlossen. Dort wird nun umgebaut, und es entsteht ein „Haus der Vereine“. Die KPÖ ist für ein Haus der Vereine, aber diesen Ankauf konnten wir nicht zustimmen.

„Wenn man wissen will was im Gemeinderat geschieht muss man die Knittelfelder Nachrichten lesen“ - diesen Satz hören wir immer wieder. Wir informieren regelmäßig über das Gemeindegeschehen. Ohne unsere Zeitung bliebe vieles im Verborgenen.

## Gegen automatische Gebührenerhöhungen

Früher wurden Gebührenerhöhungen im Gemeinderat beschlossen.

Es wurde darüber diskutiert. Weil niemand Gebührenerhöhungen lieb waren die Gemeindeverantwortlich bestrebt diese möglichst gering ausfallen zu lassen.

Dann wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und ÖVP eine automatische jährliche Preiserhöhung nach dem Verbraucherpreisindex beschlossen. Die Gebühren von Wasser, Kanal, Friedhof und Kindergarten werden nun jedes Jahr automatisch erhöht.

Den Menschen fällt es immer schwerer mit ihrem Einkommen auszukommen. Jede Gebührenerhöhung ist eine Belastung.

**Die KPÖ ist die einzige Fraktion die gegen diese Erhöhungsautomatik gestimmt hat.**

P.S. Im Gegensatz zu den Gebühren werden die Sozialleistungen der Gemeinde nicht jedes Jahr automatisch angehoben. Das haben wir schon oft kritisiert.



## Kinder und Jugendliche brauchen Platz

Kinder und Jugendliche haben immer weniger Raum um sich auszutoben oder ohne Kosumzwang treffen zu können.

Der Spielplatz in der Frühlingsgasse musste Wohnbauten weichen. Der Spielplatz in der Badgasse wurde wieder entfernt. Der neue Spielplatz am Ingeringweg ist klein und nur für 15 Jahre abgesichert. Der Spielplatz in der Portniggstraße ist durch Wohnbauten geschrumpft, weitere Bauten sollen geplant sein. Positiv ist, dass am Rot-Weiss-Platz ein Fun-Court errichtet wurde.

Die Planung von genügend Raum für Kinder, Jugendliche und Erwachsene hat in der Stadtplanung nicht das nötige Gewicht. Wir sind der Meinung, die Gemeinde muss Grundstücke ankaufen damit diese Bedürfnisse abgesichert sind.

## Motorikpark - Gute Idee am falschen Platz



Neben der stark befahrenen Kärntnerstraße wurde ein Bewegungspark errichtet. Die Geräte werden vorwiegend von Kindern genutzt. Wir freuen uns für die Kinder - denn das zeigt wie dringend notwendig Spielmöglichkeiten sind.

KPÖ-GR Sylvia Lammer hat vorgeschlagen den Bewegungspark nicht an diesem Standort anzusiedeln. Mit einer guten Geräteausstattung in einer schönen Umgebung hätte das -wie in Gamlitz - eine Attraktion für Knittelfeld werden können. Leider wurde auf diesem Standort beharrt und die Errichtung im Eilzugstempo durchgezogen.

## Für begründete Fassade



Die Fassade des Rathauses soll saniert werden. KPÖ-StR. Renate Pacher hat vorgeschlagen Möglichkeiten einer Begrünung zu überprüfen. Wir hoffen, dass unsere Idee aufgegriffen wird.

## Frauen - noch immer benachteiligt



### Aktion der Gemeinde zum Equal Pay Day

Es ist empörend wie viel Ungleichheit immer noch besteht. Frauen erledigen den Hauptanteil an Kindererziehung und Hausarbeit, haben die schlechteren Aufstiegschancen und werden schlechter bezahlt. Der „Equal Pay Day“ macht auf das Unrecht der schlechteren Bezahlung aufmerksam.

Jedes Jahr veranstaltet die KPÖ ein Fest zum Internationalen Frauentag und verteilt Nelken um die Frauen an ihre Rechte zu erinnern. Wir haben den Antrag gestellt Wirtschaftsförderungen der Gemeinde sollen nur mehr an Betriebe ausgezahlt werden, die Männer und Frauen gleich bezahlen. Unser Antrag wurde umgesetzt.

Seit dieser Periode ist StR. Renate Pacher Frauenreferentin der Gemeinde. Auf ihre Initiative hin wurde das Frauenvolksbegehren unterstützt und finden Veranstaltungen und Aktionen zum „Equal Pay Day“ statt.

## Hauptplatzumbau: 3,44 Mio. Kosten - wenig Mitbestimmung



**Dass die Sanierung des Hauptplatzes notwendig war haben wir nie bestritten. Aber dass dafür völlig intakte Teile, wie der Bereich um den Sparkassenbrunnen, abgerissen und 3,44 Mio. Euro ausgegeben werden mussten ist fragwürdig.**

In die Gestaltung des Hauptplatzumbaus wurden die KnittelfelderInnen nicht wirklich einbezogen. Weder wurden die Pläne in einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert, noch konnten Ideen eingebracht werden. Obwohl sich viele einen autofreien Hauptplatz wünschen wurde der Bevölkerung nicht die Möglichkeit gegeben selbst darüber zu entscheiden.

**Gesamtsumme unbekannt**  
Der Umbau des Hauptplatzes wurde ohne vorherige Kostenabschätzung durchgezogen. Im Gemeinderat wurden nur Einzelaufträge vergeben. Trotz mehrmaligen Anfragen wurde nie mitgeteilt wieviel der Gesamtumbau kosten wird.

Die GemeinderätInnen von SPÖ, FPÖ und ÖVP haben den Teilaufträgen zugestimmt ohne eine Gesamtsumme zu kennen. Wir haben da nicht mitgemacht - mit seinem privaten Geld würde niemand so sorglos planen.

Erst die nachträgliche Prüfung durch den Prüfungsausschuss ergab, dass der Umbau rund 3,44 Mio. Euro gekostet hat. Selten wurde ein Projekt so intransparent durchgeführt. Einen schönen Hauptplatz um weniger Geld, dafür mehr Mittel für die anderen Stadtteile und für soziale Anliegen - das hätten wir uns gewünscht.

## Eröffnungsfest um 96.400 Euro

Der Hauptplatz wurde mit einem großen Fest eröffnet. Die Ausgaben dafür wurden im Gemeinderat von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen. Der Beschluss erfolgte allerdings ohne dass eine Kostenaufstellung und eine Gesamtsumme vorgelegt wurden.

Einer solchen „Blankovollmacht“ konnten wir nicht zustimmen. Auf unsere Anfrage wurde lediglich mitgeteilt das Fest werde zwischen 50.000 und 70.000 Euro kosten.

Die nachträgliche Überprüfung durch den Prüfungsausschuss ergab Kosten von 96.400 Euro. Das Eröffnungsfest hat vielen gut gefallen - wir meinen: Auch um weniger Geld wäre ein schönes Fest möglich gewesen.

## Keine Stellungnahme - Keine Prüfung



**Wie im Gemeinderat hat die SPÖ auch im Prüfungsausschuss die Mehrheit. Den Vorsitz führt die kleinste Fraktion. ÖVP-GR Herbert Grangl hat diese Funktion engagiert ausgeführt.**

Der Antrag, der Bürgermeister solle zu den massiven Überschreitungen beim Hauptplatzumbau und beim Eröffnungsfest Stellung nehmen wurde von uns unterstützt, aber von der Mehrheit im Prüfungsausschuss abgeschmettert.

Auch die geplante Überprüfung der Arbeit des Altbürgermeisters in seiner Gemeindeanstellung wurde von der Mehrheit nicht zugelassen.

## Wie viele Einkaufszentren braucht der Mensch?

**Diese Frage stellen wir uns. Immer mehr Grünland wird verbaut. Die Innenstädte und kleine Geschäfte kommen unter Druck.**

Deshalb haben wir gegen den Bau des Einkaufszentrums-West gestimmt und sehen auch dessen Erweiterung kritisch. ➔

➔ Millionen wurden in den neuen Hauptplatz gepumpt - auch mit dem Ziel dort den Handel zu stärken. Doch wie soll das funktionieren wenn die Politik immer mehr Einkaufszentren am Standort zulässt und die Menschen immer weniger im Geldbörsel haben? Jedes neue Geschäft bedeutet mehr Konkurrenz.

Wir sollten uns angesichts von Umweltproblemen und Klimawandel die Frage stellen ob nicht weniger und nachhaltiger Konsum gefördert werden sollte.

## Haus der Vereine - Teurer Ankauf



**Im Dezember 2013 hat der Bund das Gebäude des Bezirksgerichtes um 590.000 Euro an private Investoren verkauft. Im Mai 2016 hat die Gemeinde das Haus um 950.000 Euro zurückgekauft.**

Wir haben nachgeforscht: Nach dem Verkauf hat der Bund für das Bezirksgericht noch einige Zeit Miete bezahlt. Nach zweieinhalb Jahren haben die Investoren das Gebäude um einen **360.000 Euro höheren Kaufpreis** an die Gemeinde Knittelfeld weiterverkauft.

Ohne die KPÖ hätten die KnittelfelderInnen niemals von dieser gewaltigen Preissteigerung auf Kosten der SteuerzahlerInnen erfahren. SPÖ, FPÖ und ÖVP hatten damit kein Problem. Der Ankauf wurde im Eilzugstempo durchgezogen. Das Gebäude wurde zum „Haus der Vereine“ umgebaut.

Wir waren nie gegen ein Haus der Vereine. Aber es ist für uns untragbar, dass die Gemeinde mit dem Ankauf privaten Investoren solche Gewinnspannen ermöglicht. Bei einem Privatkauf würde wohl niemand eine **Preissteigerung von 61(!)% in zweieinhalb Jahren** akzeptieren. Mit Steuergeldern ist offensichtlich alles möglich.

# KPÖ: sozial - ehrlich - kompetent

## Gärtnerei für alte Sorten - leider nein



Die Idee sich auf den Verkauf alter Pflanzensorten zu spezialisieren fand keine Unterstützung von SPÖ, FPÖ und ÖVP.

Zuerst wurde unter Altbürgermeister Siegfried Schafarik eine Verkaufsgärtnerei eröffnet. Nach dem Bürgermeisterwechsel erfuhr der Gemeinderat aus der Presse, dass die Gärtnerei geschlossen werden soll.

Wir haben vorgeschlagen auf den Verkauf von alten und seltenen Pflanzensorten umzusteigen. Wir haben die Obfrau der ARGE Streuobst, DI Katharina Dianat, gebeten sich Gedanken zu machen. Sie wäre bereit gewesen ihre Überlegungen kostenlos zu präsentieren. Nicht einmal dazu war die Gemeindeführung bereit. Wir meinen hier wurde eine Chance vertan.

## Niemals vergessen!

In Zeiten wie diesen ist es wichtig über die Zeit des Faschismus zu informieren und die Erinnerung an die Knittelfelder WiderstandskämpferInnen wach zu halten.

KPÖ-GR Sonja Karimi hat darauf aufmerksam gemacht, dass das Denkmal am Bahnhofplatz sehr verwittert ist. Bürgermeister Harald Bergmann sagte die Reinigung zu.

GR Karimi hat die Idee eingebracht dass Knittelfeld an der Aktion „Stolpersteine“, eine Gedenkaktion an von den Nazis ermordeter oder vertriebene Menschen, teilnehmen soll. Der Bürgermeister sagte dies zu. Auf unsere Initiative hin wurde im Kulturhaus das Stück „Zawrel-erbbiologisch und sozial minderwertig“ für SchülerInnen und in einer Abendvorstellung gezeigt.

## Wohnunterstützung

Die SPÖ/ÖVP Landesregierung hat die Wohnunterstützung massiv verschlechtert. Dagegen ist die KPÖ erfolgreich aktiv geworden.

Wir haben - auch in Knittelfeld - Unterschriften gesammelt, Protestkundgebungen organisiert und waren im Landtag und in den Gemeinderäten aktiv. Genauso, wie wie wir durch Hartnäckigkeit die Abschaffung des Regresses erreichen konnten, haben wir auch hier Verbesserungen durchgesetzt.

## Uns ist kein Thema zu klein



Oft sind es die nur scheinbar „kleinen Dinge“, die wichtig für das Wohlbefinden sind. Wenn uns Dinge auffallen oder an

uns herangetragen werden bringen wir sie in den Gemeinderat.

Ein Beispiel: KPÖ-GR Franz Moharitsch hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Stiege bei der Sparkasse wie eine „Stolperfalle“ ist. Bremsstreifen wurden aufgeklebt.

## Zu wenig soziale Handschrift

Für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wird sehr viel Geld ausgegeben. Wenn wir Verbesserungen bei Sozialleistungen fordern hören wir, dafür sei das Geld nicht vorhanden. Wir vermissen sehr oft die soziale Handschrift.

Einige Posten aus dem Budget für 2020: 15.000 € für eine Veranstaltung des Projektmanagements, 11.000 € für die Gemeindeversammlung, für TV und Radioberichterstattung 20.000 €, für Printmedienberichterstattung 14.000 €, für sonstige Veranstaltungen zusätzliche 28.000 €, beim Posten Repräsentation weitere 20.000 € für eine Veranstaltung, weiters sind 30.000 € für ein

Stadtfest, 30.000 € für das Public Viewing bei der EM und 50.000 € für ein Bürgerprojekt vorgesehen. In Summe also 218.000 €. Zum Vergleich: Die Anhebung des Heizkostenzuschusses für die rund 120 MindestsicherungsbezieherInnen (siehe unten) hätte 4.800 € gekostet.

## Wo man knausrig ist

Auf Antrag der KPÖ wurde ein Kautionsfonds eingeführt.

Nachdem das Land - ebenfalls auf Initiative der KPÖ - einen steiermarkweiten Kautionsfonds eingeführt hat, wurde der Knittelfelder Fonds eingestellt. Unser Vorschlag statt dessen Menschen mit geringem Einkommen bei einem Wohnungswechsel eine Zuschuß von 200 Euro zu geben fand bei SPÖ, FPÖ und ÖVP keine Mehrheit. Auch unser Antrag den Heizkostenzuschuss für BezieherInnen von Mindestsicherung von 60 auf 100 Euro zu erhöhen wurde von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

## Photovoltaik

Am Dach des Bauhofes wurde eine Photovoltaikanlage errichtet. Die Anlage wird von einer Privatfirma betrieben.

Wir sind der Meinung es wäre besser die Gemeinde hätte das Projekt selbst durchgeführt. Wir haben öfter klar gemacht, dass wir es für sinnvoller halten viele Gebäude mit Photovoltaik auszustatten, anstatt so viel Geld für Einmal-Events und einen millionenteuren Hauptplatzumbau auszugeben.

## Für Hundeauslaufzonen



Um ein geordnetes Miteinander von HundebesitzerInnen und anderen Bevölkerungsgruppen zu erleichtern hat die KPÖ schon mehrmals die Errichtung von Hundeauslaufzonen angeregt.

Auf Anregung der KPÖ wurde in Zusammenarbeit mit GR Martina Stummer ein Vortrag über den richtigen Umgang mit Hunden durchgeführt.

## Pflege ist ein Menschenrecht und kein Geschäft

Die Steiermark hat die höchste Dichte an privaten, gewinnorientierten Pflegeheimen. Die SPÖ hat im Land diese Entwicklung eingeleitet, die ÖVP diese falsche Politik fortgesetzt.



### Das Wegwarteheim gehört nun einem privaten Pflegekonzern

Im Knittelfelder Gemeinderat haben es SPÖ, FPÖ, ÖVP und Grüne zu verantworten, dass bei uns ein internationaler Pflegekonzern Fuß fassen konnte. Zuerst hat die Gemeinde ihr eigenes Heim geschlossen. Dann wurde eine Partnerschaft mit der privaten Kräutergarten Gruppe eingegangen. Sofort wurde ein Einbettzimmerzuschlag eingeführt. Jedes Jahr haben die privaten Betreiber eine hohe Managementfee eingestreift - zu letzt rund 660.000 €.

Die Kräutergarten Gruppe hat ihre Eigentumsrechte an einen deutschen Immobilienfonds verkauft der die Anteile an die SeneCura weiterverkauft hat. SeneCura ist Teil des riesigen französischen Konzerns Orpea. 2018 haben SPÖ, FPÖ und ÖVP die Gemeindeanteile an die SeneCura verkauft. Damit wurde die letzte Einflussmöglichkeit der Gemeinde aufgegeben.

Wir meinen die Betreuung pflegebedürftiger Menschen muss frei von jedem Gewinnstreben sein. Die KPÖ ist von Beginn an gegen diese Konstruktion aufgetreten - leider blieben unsere Appelle ungehört.

**P.S.:** Die Pflegekräfte streiken und fordern zu Recht eine 35-Stunden Woche. Zeitgleich hat die SeneCura angekündigt, sie werde in Marokko Pflegekräfte anwerben und nach Österreich bringen. Dass die SeneCura bei uns eine Rolle spielt ist auch der Fehlentscheidung von SPÖ, FPÖ, ÖVP, und damals den Grünen, zu verdanken.

## Verbesserungen bei Taxigutscheinen erreicht

Das Land hat die Taxigebühren neu geregelt. Deshalb haben sich die Taxifahrten in Knittelfeld zum Teil stark verteuert.

Deshalb haben wir eingebracht die Gemeinde soll ihren Zuschuss zu den Taxigutscheinen erhöhen. Das wurde nun umgesetzt und freut uns sehr. Der Kreis der Menschen, die den 6 € Gutschein nun um 4 € bekommen wurde deutlich erweitert. Die Gutscheine sind im Bürgerservicebüro im Rathaus zu beziehen.

## Ärztmangel - Zwei Klassen Gesellschaft

Die ärztliche Versorgung ist auch bei uns ein Problem. Es gibt nur mehr einen Frauenarzt mit Kassenvertrag, der keine neuen Patientinnen mehr annimmt. Auch eine Hausarztstelle in Knittelfeld ist unbesetzt. Das Land plant drastische Kürzungen bei den Kassenarztstellen.



Wer es sich leisten kann, kann auf WahlärztInnen ausweichen. Wer kein Geld hat bleibt auf der Strecke. Wir machen die Probleme im Gesundheitssystem im Gemeinderat und im Landtag zum Thema.

Erst durch unsere Diskussionsveranstaltung wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass das Bereitschaftsärztesystem massiv verschlechtert wird. Im Gemeinderat haben wir angeregt, dass der Sozialhilfeverband Menschen mit geringem Einkommen bei den Wahlarztkosten unterstützen soll.

## Zukunft der Schulen - Kein Thema im Gemeinderat Bildung ist eine wichtige Zukunftsfrage. Seit Jahren wird von einem Schulkonzept für Knittelfeld geredet - nichts ist geschehen.

KPÖ und ÖVP ist die Frage, wohin sich unsere Schulen entwickeln, wichtig. Wir haben im Gemeinderat oft nachgefragt und gemeinsam die Roseggerschule besucht. Wir werden im neuen Gemeinderat an dem Thema dran bleiben.

## Krisenwohnungen - eine unrühmliche Geschichte

In unserer Region gibt es weder Not-schlafstellen für Menschen die von Obdachlosigkeit bedroht sind, noch Krisenwohnungen, wohin Frauen vor Gewalt fliehen können und betreut werden.



Die Schaffung solcher Einrichtungen ist uns seit Jahren ein Anliegen. KPÖ-GR Elvir Kujovic hat das schon oft zum Thema gemacht.

Wir haben mit dem damaligen GR Heimo Korber eine Wohnung besichtigt, das Frauenhaus in Kapfenberg besucht und persönliche Gespräche mit Harald Bergmann als Obmann des Sozialhilfeverbandes geführt. Leider bisher ohne Erfolg.

### 40.000 Euro wären nötig

Das Team des Frauenhauses hat ein fertiges Konzept für betreute Schutzwohnungen. Die Kosten würden bei rund 40.000 Euro im Jahr liegen. **Hier geht es um Frauen und Kinder** - eine solche Einrichtung könnte Leben retten.

Wir sehen wie viel Geld mit lockerer Hand ausgegeben wird. Große Summen fließen z.B. für Öffentlichkeitsarbeit und Medienberichterstattung. Dass das nötige Geld für eine Schutzwohnung in der ganzen Region nicht aufgebracht wird ist eine Schande.

## Für Frieden und Neutralität gegen Rüstung und Airpower

Die KPÖ setzt sich konsequent für Neutralität und Frieden ein. Wir sind gegen Aufrüstung, wie z.B. die Umrüstung der bestehenden oder den Ankauf neuer Abfangjäger.

Wir sind gegen die klimaschädigende Rüstungsshow Airpower und haben die „Peacehour statt Airpower“ mitveranstaltet. Unser Antrag gegen die Airpower wurde nur von einem SPÖ-Gemeinderat unterstützt, unverständlicherweise aber nicht von der Umweltreferentin.

Krieg und Rüstung sind der Klimakiller Nummer eins. Die KPÖ ist die einzige Partei, die das zum Thema macht.

**Ortsvorsteher Apfelberg**  
Apfelberg hat einen Ortsteilbürgermeister. Eine Funktion, die mit einem monatlichen Bezug von rund 1.040 € verbunden ist. Diese Funktion wird von einigen in Frage gestellt.

Deshalb haben bereits mehrmals vorgeschlagen man solle die ApfelbergerInnen befragen und selbst entscheiden lassen. Im Rahmen der kommenden Gemeinderatswahl wäre das ohne großen Aufwand machbar. Leider wurde unser Vorschlag abgelehnt.

**Echte Bürgerbeteiligung?**  
Knapp vor den Gemeinderatswahlen wird ein Bürgerbeteiligungsprojekt gestartet. Gegen

die Stimme der KPÖ wurde eine Firma um rund 7.000 Euro mit der Begleitung beauftragt.

Natürlich sind wir dafür, dass die BürgerInnen mitentscheiden können. Aber so knapp vor der Wahl haben solche Aktionen den Geruch von Wahlkampf auf Steuerkosten.

Es hätte in den letzten Jahren einige Fragen gegeben, bei denen man die Meinung der BürgerInnen hätte einholen können.

Wir fragen uns: Warum dürfen die ApfelbergerInnen nicht über ihren Ortsvorsteher entscheiden, oder die KnittelfelderInnen über den autofreien Hauptplatz? Warum hat man die Bevölkerung nicht gefragt ob sie einen Motorikpark neben der

sehr stark befahrenen Kärntnerstraße für sinnvoll halten, oder ob sie ein Gärtnereiprojekt mit alten Pflanzensorten wollen?

**Kostenlose Mietrechtsberatung**

In unserem Büro in Knittelfeld werden MieterInnen kostenlos in Fragen des Mietrechtes beraten.

**Gegen Leiharbeit**

Auch die Gemeinde nimmt die Dienste von Leiharbeitsfirmen in Anspruch. Leiharbeit ist Ausbeutung und sollte untersagt werden.

Wir haben deshalb einigen Auftragsvergaben nicht zugestimmt und gegen die Wirtschaftsförderung für eine Leiharbeitsfirma gestimmt.

**Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die nächste Gemeinderatsperiode:**



Ing. Renate Pacher



Franz Moharitsch



Sonja Karimi



Josef Meszlenyi



Sylvia Lammer,  
Bakk.Phil.



Jürgen Solic



Elisabeth Lammer



Andras Obertaxer



Monika Schlacher -  
Pirker, BA



Christian Prietl



Daniela Resch



Dieter Trummer



Martina Volina



Elvir Kujovic, BA

**Wir  
ersuchen  
um Ihr  
Vertrauen!**